

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Tagespreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Stadt und Berlin sowie bei Weitem Postweg ohne Verlagsgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Frachtband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postregulierungsliste für 1919 eingetragen. Reichsamt: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsleiter: Kurt Norden 2898 und 2899.

Bestellen Sie die „Freiheit“ Postamt Berlin über Ihren Namen 70 Pf. „Meine Ausgabe“ bis zum 31. März 1919, jedes weitere Wort 10 Pf. Leasinggebühr 10 Pf. Bei Samstags- und Feiertagsausgaben fällt der Zuschlag fort. Interesse für den bezahlten Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsleiter: Kurt Norden 2898.

# Die Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 11. Januar 1919

Nummer 20

# Noch immer Brudermord.

## Die Situation.

Die Lage ist wenig geändert. In der Stadt dauert die knifflige Schießerei an den verschiedensten Stellen an. Der Zentralrat ist heute vormittag zu einer Sitzung einberufen, von deren Verlauf es abhängt, ob neue, zum Ziel führende Verhandlungen beginnen können. Die Bewegung der Arbeiter für Einigung und gegen den Brudermord macht großartige Fortschritte.

## Verhaftung der Genossen Ledebour und Meyer.

Als Genosse Ledebour nachts 12 Uhr nach seiner Wohnung kam, wurde er unterwegs verschiedene Male vom Militär angehalten. Um 1 Uhr wurde geklopft. Auf die Frage seiner Frau wurde geantwortet, Ernst Meyer wüsche ihn drinnen zu sprechen. Kaum war die Tür geöffnet, drangen Offiziere und Soldaten ein und erklärten Ledebour für verhaftet. Auf die Frage nach dem Haftbefehl wurde geantwortet: Den brauchen wir nicht, wir haben die Macht. Ebenso erfolgte die Verhaftung des Genossen Meyer. Beide wurden nach Berlin abgeführt.

## Einigungsfundgebung im Humboldthain.

Der Humboldthain war heute vormittag wieder das Ziel vieler Tausender Arbeiter der Großbetriebe des Nordens, die in zwingender Weise für die Einigung der Arbeiter demonstrierten. Die Arbeiter der A. G. S. Sennigsdorf hatten sich zu einer besonderen Versammlung zusammengefunden, die den Bericht ihres Arbeiterrats über die gestrigen Verhandlungen entgegennahm. Folgende Resolution bildete die Unterlage der gestrigen Verhandlungen:

In der unbedingten Erkenntnis, daß dem Brudermord auf den Straßen Berlins Einhalt geboten werden muß, verlangen die heute hier ausfindenden circa 9000 Arbeiter und Angestellten aller Parteilichungen der gesamten A. G. S. Werke Sennigsdorf, daß die Regierung und der Zentralrat nach der von dem Zentralrat und der A. G. S. D. vorgeschlagenen Forderung des „Vorwärts“ sofort unter Hinzuziehung der Parteivertränker die Einigungsverhandlungen im Sinne des Sozialismus aufnehmen und die Waffenruhe zu beschließen habe. Sie betreten mit geschlossenem Kraft den Standpunkt, daß die maßgebenden Stellen sich diesem Schrei nach Einigung über die Köpfe der Massen hinweg nicht verschließen dürfen, wenn sie sich nicht am Sozialismus versündigen wollen. Sie wählen eine sechs-köpfige Kommission paritätisch aus drei Rechts- und drei Linksozialisten zusammengesetzt, die die Resolution der Regierung zu überreichen hat, und erwartet von der Kommission in einer morgen um 10 Uhr vormittag im Humboldthain stattfindenden Betriebsversammlung Bericht.

Kollege Meyer erstattete den Bericht über die Verhandlungen mit dem Regierungsvertreter Krüger, der sich auf den Standpunkt stellte, erst Herstellung der Pressefreiheit, dann Verhandlungen. Günstiger war der Bericht der beiden Fraktionsvertreter.

Wöschel von der U. S. V. D. berichtete von der Sitzung der Arbeiterräte der U. S. V. D. im Abgeordnetenhaus, die von einem verständigen Geiste getragen war.

Der Vorwärtsbesuchung hat er die Grüße der Arbeiter übermittelt, solange anzuhalten, bis sie von der Berliner Arbeiterkraft abgerufen wird. Kollege Klement (Angestelltenrat), Mitglied der S. V. D., konnte ein wenig günstiges Bild von den Verhandlungen mit der Mehrheitsfraktion geben, die vielleicht zur Hälfte den Gedanken zur Einigung erfährt hat, der aber immer mehr um sich greift. Rauten Veisall liest die Mitteilung aus, daß Genosse Cohen-Renk im Namen des Zentralrats die Erklärung abgab, die Geschichte würde wieder ein vernichtendes Urteil über uns fällen, wenn wir jetzt nicht zu einer Einigung kommen würden. Wir könnten heute zu einer Sozialisierung kommen, es bräuhete nur in der Zeitung stehen, sämtliche Bodenschätze sind von heute ab Nationaligentum.

Kollege Klement sagte dem Hina diesen Mann wollen wir bei der Neubesehung von freierwerdenden Stellen im Auge behalten. Die weitere Diskussion war von persönlichem Geiste getragen und es kam einmütig der Wille zum Ausdruck, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Einigung vollzogen sei. Von einer Demonstration wurde Abstand genommen. Die Verhandlungen der Kommission gehen weiter.

## Ein Appell an die Berliner Arbeiter.

Der Volksgutrat der Arbeiterräte Bayerns übermittelt und folgenden Appell an das Berliner Proletariat: „Die fürchtbaren Zustände in Berlin drängen nach einer Lösung. Es darf nicht sein, daß Arbeiter sich im Bruderkampf hinmorden; die Massen müssen sich über die blutverbrichtenen Führer hinweg einigen. Im Interesse des arbeitenden Volkes ist es notwendig, daß die Volksbeauftragten erkennen, daß sie dieser Einigung im Wege stehen. Eine neue sozialistische Regierung aller Richtungen muß gebildet werden, hinter der das gesamte arbeitende Volk steht. Sozialisten! Es gilt nicht kniffligen Bruderkrieg, es gilt die entschlossene Durchführung der politischen und sozialen Revolution. Sozialisten! Wir sind nicht Verleger einzelner mehr. Sozialisten! Um eures Menschentums willen vereinigt euch.“

## Die Regierung gegen die „Freiheit“

Unsere Redaktion und Expedition ist, wie wir bereits berichteten, seit einigen Tagen von jeder telephonischen Verbindung abgeschnitten. Auf unsere Beschwerden wurde fortgesetzt auf eine angebliche „Abelstörung“ hingewiesen. Gestern endlich erfuhren wir die Wahrheit. Das Reichspostamt teilte auf unsere Anfrage offiziell mit, die Reichsregierung habe angeordnet, der Redaktion der „Freiheit“ keine telephonische Verbindung herzustellen. Wir sagen diese Tatsache hier fest und erheben nochmals schärfsten Protest gegen diese Verwahrlosung.

## Die Landesregierungen gegen den Brudermord.

(Drohberichte der „Freiheit“)

### Zusammenschluß der sozialistischen Richtungen.

Wünchen, den 9. 1. 19: Ministerpräsident Kurt Eisner hat der Reichsregierung telegraphiert: Mit wachsendem Entsetzen verfolgen wir den widerlichen Bürgerkrieg in Berlin. Das muß ein Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde gehen soll. Das Beispiel Berlins wirkt überaus zerrütend und erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns. Eine vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammenfaßt und entschlossen ist, auf dem Boden der Revolution die Demokratie und den Sozialismus bis zum Siege durchzuführen, scheint die einzige Rettung zu sein. Überall im Süden steigt der Horn des Volkes gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Bruderkrieg treiben.

### Eintritt in Verhandlungen!

Dresden, den 9. 1. 19: Die Minister Kleiner, Geher und Lipinski haben folgendes Telegramm an Ebert geschickt: Unterzeichnete sächsische Minister fordern zur Vermeidung weiteren Blutvergießens sofortigen Eintritt in Verhandlungen zur Beilegung des Bruderkrieges. Protest Braun!provis.

Braunschweig, den 10. 1. 19: Ministerpräsident Merges und die Volkskommissare der Provinz Braunschweig telegraphierten der Reichsregierung wie folgt: Diese Regierung erhebt aufs neue schärfsten Protest gegen die geplante Wiedererrichtung der Revolution mit Hilfe der bewaffneten Bourgeoisie und Offiziere. (Wiederholt, da nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe.)

## Die Regierung gegen die Einigung der Arbeiter!

Die Reichsregierung erläßt einen langen Aufruf zu dem Zweck, die Einigungsbewegung der Arbeiter zu stören und zu hemmen. Papiermangel hindert uns, dieses unsozialistische Dokument wörtlich abzu drucken, sonst könnten wir uns die Kritik sparen.

Die Regierung sucht die spontane und unaufhaltsame Bewegung der Arbeiter dadurch zu diskreditieren, daß sie sie als eine — Spartakusmache hinstellt. Nun, die Arbeiter wissen, daß das nicht wahr ist und die Regierung nur die Genossen von der Mehrheitspartei abschrecken will, sich an der Bewegung zu beteiligen, die endlich die Selbstständigkeit der Arbeiter und damit ihre Einigung verwirklichen wird.

Dann spricht sie ganz wie „Tägliche Rundschau“, „Deutsche Tagesztg.“, „Post“ und das Extrablatt „Vorwärts“ von der Herrschaft von Totschlägern und Plünderern, die man mit Gewalt niederwerfen muß.

Schließlich versteigt sich die Erklärung zur Behauptung, die Regierung habe die Offiziere und die Studenten nicht zu Hilfe gerufen. Diese Behauptung ist un wahr und gegen besseres Wissen der Regierungsmitglieder erfolgt. Roske hat ausdrücklich die Vollmacht zur Anwerbung der Studenten gegeben. Die Offiziere werden selbstverständlich auf Geheiß der Regierung angeworben. Sie sind ja gegenwärtig, wo die Arbeiter diese Regierung verlassen, ihre besten Stützen. Wie sie stützen, davon hallt allerdings Berlin seit fünf Tagen wieder.

Der Geist, der die Ebert, Scheidemann, Landsberg und Roske beizelt, der Geist der Nachterhaltung, der Autorität, wird noch durch das folgende Dokument zur Genüge beleuchtet:

Die Arbeiter der Firma H. Stod & Co., Marienfelde, hatten in einer Versammlung eine Resolution gefaßt, die den Austritt der Regierung, sowie des Volkspräsidenten Eichhorn und das Einstellen des Blutvergießens forderte. Eine paritätisch gebildete Kommission war beauftragt worden, Ebert und Scheidemann die Forderungen der Arbeiter persönlich vorzutragen. Ueber den Erfolg berichtet man uns folgendes:

Es war der Kommission nicht möglich, die Volksbeauftragten zu erreichen. Die beiden Mitglieder der Kommission, Michaelis und Untermann, wurden nur von einem Sekretär der Volksbeauftragten empfangen, der ihnen die Unmöglichkeit einer persönlichen Aussprache mit den Mitgliedern der Regierung erklärte. Der Sekretär gab als seine persönliche Ansicht kund, daß er die Mitwirkung der Mehrheitssozialisten bei der Resolution nicht billigen könne, da die Arbeiter damit einen Verrat an ihren Führern (V) üben und sie im Stich lassen. Das Kommissionsmitglied Michaelis erklärte, daß dies keineswegs der Fall sei. Denn die Resolution sei doch so gefaßt, daß sie den Volksbeauftragten den freiwilligen Austritt im Interesse der Allgemeinheit nahelegen, wie auch die Führer der Unabhängigen ihren Posten niederlegen lassen.

Darauf erklärte der Sekretär, er werde die Resolution den Volksbeauftragten vorlegen, aber ob ein Beschluß darauf erfolgen würde, könne er nicht wissen. Michaelis ersuchte den Sekretär, diese Mitteilung doch der ganzen Kommission zu machen, worauf er zur Antwort erhielt, daß es doch genüge, wenn die zwei anwesenden Mitglieder diese Antwort bekämen. Denn auch der Gesamtkommission könne er keine andere Erklärung geben. Die übrigen Mitglieder der Kommission mußten währenddessen auf dem Vorhofe der Reichskanzlei auf den Beschluß warten.

Robert Untermann, Fritz Michaelis, R. Nachill.

Wir meinen, jede weitere Bemerkung erübrigt sich. Die Antwort müssen die Arbeiter geben, und sie kann nur eine sein: Nun erst ruht ein Ende ohne Brudermord — Einigung!

# Der Proteststurm.

10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen aller sozialistischen Gruppen bei der Firma Subitars, Lichtenberg, begrüßen das Vorgehen der Arbeiterschaft der R. G. O., der Schwarzpulverwerke und anderer Großbetriebe, um den Bruderkampf zu brechen, und schließen sich den Resolutionen dieser Arbeiterschaft an.

Eine im „Stadt-Theater“ in Moabit tagende Betriebsversammlung der 2500 Arbeiter und Angestellten des Glühlampenwerkes R. G. O. hat einstimmig eine Resolution beschlossen. Sie erklärt, daß die Arbeiterschaft ebenfalls für Beendigung des Bruderkampfes eintritt und die Arbeiterschaft auffordert, sich über die Köpfe ihrer Führer hinweg die Bruderkampfbanner zu reichen, um gemeinsam ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen nach den Richtlinien des Erfurter Programms. Die Arbeiterschaft verlangt den Rücktritt sämtlicher Führer.

Die Vollversammlung der Feldzeugmeierei der Inspektion des Lichtbüchsenwesens hat einen Beschluß gefaßt, der sich gegen den Bruderkampf richtet und für die Verständigung eintritt. Die Vollversammlung aller politischen Richtungen der Sozialdemokratie sowie die anwesenden Angehörigen der demokratischen Partei sagten, daß weiteres Blutvergießen verhindert werden kann durch den Rücktritt aller Vollbeauftragten sowie Eichborns. Die Resolution fordert ferner die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Die versammelten Arbeiter der Firmen Schwardt u. Schütte, Märkische Werkzeugfabrik und Kaufmann, Telephonfabrik, Reußsches Friseurgeschäft gegen die arbeitserfreundliche Regierung Ebert-Scheidemann, verlangen die Einigung aller Arbeiter über ihre Führer hinweg und die Abhaltung der jetzigen Regierung, an deren Stelle unkompromittierte Führer aller Richtungen treten sollen. Die Versammelten beschließen, der Aufforderung der U. S. P. D. zum Massenstreik Folge zu leisten, und verlangen von sämtlichen führenden Körperschaften der Sozialdemokratie die Herausgabe eines Flugblattes über die Einigungsbestrebungen aller einzelnen Betriebe, um der Masse der Berliner Bevölkerung zu zeigen, daß dieselben geschlossen über die Köpfe ihrer Führer hinweg die Einigkeit der Arbeiter aller politischen Richtungen wünschen und beschließen haben.

Die Arbeiterschaft der Samson-Werke fordert in einer Resolution, die in einer Betriebsversammlung beschlossen wurde, die Regierung zum Rücktritt auf, damit Platz werde für Genossen, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen.

Neunzigtausend Arbeiter der gesamten Spandauer Werkstätten, Privat- sowie Staatsbetriebe, fordern sofortigen Rücktritt aller Vollbeauftragten, sofortiges Zusammentreten von paritätischen Ausschüssen der drei sozialistischen Richtungen zwecks provisorischer Regelung der dringlichen und häßlichen Angelegenheiten, sofortige Neuwahl der A- und E-Räte, des Vollzugsrates, des Zentralrates und der Vollbeauftragten, sofortige Inangriffnahme der Einigung innerhalb der Organisation.

Die 2000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten der Firma Otto Jachmann, Vorfigmalbe, erklären durch ihren Arbeiterrat, daß sie sich der durch die Klassen gehenden Bewegung zwecks Einsetzung des Brudermordes und Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront anschließen.

Der Bund Neues Vaterland begrüßt den aus der Masse hervorgehenden Willen zur Vereinigung der in den blutigen Bruderkampf gehtenen Volksgenossen. Er verlangt mit ihnen die Befreiung jener Führer, die von dem revolutionären Volke als Hindernis für die Vereinigung empfunden werden.

Die am 9. Januar 1919 versammelten Einwohner aller Parteien Reinickendorfs, über 8000 Personen, fordern von dem Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands sofortige Schritte gegen den in den Straßen Berlins tobenden Massenmord.

Sie verlangen in Übereinstimmung mit den Arbeitern der Flugzeugwerke Adlerhof und anderer Großbetriebe die Befreiung der alten, verhandlungsunfähigen Führer und eine Neubewehrung der Regierung!

Auch die Betriebe Dr. Paul Mener, F. Bichsel, W. Schmar haben sich vorstehender Resolution angeschlossen.

Die Resolution ist von Vertretern der U. S. P., der Reichspartei, der deutschen Demokratischen Partei und des Spartakusbundes unterzeichnet.

Die gestern von der U. S. P. einberufene Versammlung in der Wagenhofer Brauerei, die so zahlreichen Besuch hatte, daß eine Nebenversammlung im Garten abgehalten werden mußte, erhebt klammernden Protest gegen den in Berlin wütenden Bruderkampf. Die Versammelten erklärten, daß, falls die Führer keine Verständigung herbeiführen, sie sich über die Köpfe der Führer hinweg mit allen sozialistisch gestimmten Arbeitern vereinigen würden.

Eine ähnliche Protestresolution wurde in der Versammlung der U. S. P. in den Sprengellen, Richard-Wagner-Straße, gefaßt.

Die Arbeiterschaft der Firma Berlin-Kohlische Maschinenbau A.G. (Seamag) hat einstimmig beschlossen, daß die Arbeiterschaft auf eine sofortige Einigung der freitenden Parteien zwecks Einstellung der Bruderkämpfe zu dringen habe. Die Frauendamen sind von den Arbeitern der Betriebe beauftragt worden, gemeinsam mit den Obleitern anderer Betriebe wie Schwarzpulver und R. G. O., die ähnliche Beschlüsse gefaßt haben, an den Zentralrat heranzutreten und ihn zur Abhaltung von Verhandlungen anzufordern.

Die Arbeiterschaft der Firma Hugo Hartmann, Rembrandtstraße, schließt sich dem Beschluß der Arbeiter der R. G. O. und Schwarzpulverwerke an.

# Protest der Marine.

Wie veröffentlichten in Nr. 10 eine Rundgebung des Soldatenrats des Reichsmarinematrs und des Admiralsstabes, die den Rücktritt Eberts, Scheidemanns, Koslos und Landsbergs forderte. Jetzt schied: und der Marinematr ein Dementi, aus dem hervorgeht, daß in der jüngsten Versammlung diese Rundgebung nicht zum Beschluß erhoben, sondern dem „Obersten Soldatenrat der Marine zu Berlin“ zur Entscheidung überwiesen wurde. Dieses Dementi willt nicht und, sondern die die uns lenkt

Wandgebung merkt an. Wie war auf dem Briefpapier des N. Ausschusses geschrieben und mit dem offiziellen Stempel der Presseabteilung dieses Ausschusses versehen. Es lag also für uns kein Grund vor, der Nachricht zu mißtrauen.

# Vom Schauplatz des Bruderkampfes.

Während der Nacht wurde in den verschiedensten Stadtteilen wieder unheimlich viel geschossen. Eine eigentliche Ursache zu diesen Schießereien lag nicht vor. Die Regierungstruppen befinden sich in einer ungeheuren Nervosität. Sie sehen überall Spontaktiven, und sobald irgendwo ein Schuß fällt, geht die Schiere blindlings los. In diesen Fällen beschließen sich die Regierungstruppen selber oder sie richten die Gewehre und Maschinengewehre auf Häuser, von wo aus sie sich beschossen glauben.

Ritternacht waren fast alle Junglinge zum Reichstagsgebäude und nach dem Richter Wohnhof abgesperrt worden. Es hielt die Spartakisten rüden von Moabit in großen Scharen an. Alle Passanten wurden von den Schützen der Scheidemann-Regierung angehalten, nach Waffen durchsucht, und dabei gingen die Jungmannschaften so betondfordrud vor, daß die Passanten nicht in der Lage waren, irgend ein aufführendes oder beruhigendes Wort an sie zu richten. Immer haben sie gleich das entsetzte Wort an sie zu richten. Immer haben sie gleich das entsetzte Wort an sie zu richten. Immer haben sie gleich das entsetzte Wort an sie zu richten.

Heute früh legte in der 10. Stunde eine unheimliche Schiere zwischen dem Reichstagsgebäude und der Luisenstraße ein. Irgendein Schuß ist gefallen, sofort rattern die Maschinengewehre, knallen die Infanteriewaffen, explodieren die Handgranaten. Die in der Dorothienstraße aufgestellten Schützentruppen der Scheidemann-Regierung wählten sich von der Komischen Oper aus beschossen und nahmen dieses Gebäude sowie die umliegenden Häuser unter Feuer. Die ganze Komische Oper wurde zerstört. Die in der Komischen Oper untergebrochenen Regierungstruppen wählten sich wieder vor der Dorothienstraße aus durch Spartakisten beschossen und richteten ihre Waffen auf die Häuser der Luisenstraße in der Richtung Dorothienstraße. Bei der unheimlichen Anarchie wurden lediglich Fenster Scheiben eines bürgerlichen Cafés zerstört, Fassaden beschädigt und die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt. Man hat keine Spartakisten gefunden, in keinem Haus ein Maschinengewehr festgestellt können, von keinem Gebäude aus durch ein Fenster auf die Regierungstruppen geschossen. Es wird höchste Zeit, daß Vernunft einsetzt.

# Der „Vorwärts“ gestürmt?

Uns wird mitgeteilt: Heute in den Morgenstunden wurde das „Vorwärts“-Gebäude gestürmt. Beim Sturm wurden Handgranaten und Klammernwerfer angewendet. Das Gebäude wurde schließlich erklimmt und breihundert Gefangene gemacht. Die Verluste sollen nicht groß sein. Die Alte Jakobstraße ist arg verwüstet.

Von anderer Seite wird uns bei Redaktionschluss mitgeteilt, daß der „Vorwärts“ zwar geklärt wird, die Angriffe aber bisher gescheitert sind.

# Das Blutbad in Spandau.

Über die Vorgänge in Spandau erhalten wir folgenden Bericht: Nachdem am Montag das Rathaus in die Hände der Unabhängigen und Spartakusleute gelangt war, herrschte in Spandau Ruhe. Diese wurde nur durch einen Versuch der vom früheren Reichstagsabgeordneten Stahl ausgehenden Ploniere gestört, die am Montag nachmittag versuchten, sich in den Besitz des Rathauses zu setzen. Hierbei mußten leider unschuldige Einwohner ihr Leben lassen. Die Schuld lag, wie einwandfrei protokolliert, auch von den Mehrheitssozialisten, anerkannt wurde, bei den von Stahl ausgehenden Plonieren.

Der Bruderkrieg in Berlin hatte auch in der Spandauer Arbeiterschaft eine Aktion gezeitigt, die die sofortige Einstellung des Kampfes der Arbeiter untereinander und die Einigung des gesamten Proletariats eventuell über die Köpfe der uneinigen Führer hinweg verlangten. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde der Generalstreik proklamiert. Eine Kommission der gesamten Arbeiterräte der Staatsbetriebe verhandelte am Donnerstag mit der Regierung, die indes zu keinem Ergebnis führte und auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt wurde. Ohne das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, wurde am Freitag früh um 7 Uhr von den der Ebert-Scheidemann-Regierung treuen Truppen mit Artillerie, Minenwerfern und Maschinengewehren der Anmarsch auf das Rathaus eröffnet. Die ungefähre 40 Mann starke Besatzung war, nachdem einige Volkstretter die Verteidigungsanlagen genommen hatten, gezwungen, zu kapitulieren.

Die „sozialistische“ Regierung Ebert-Scheidemann hat sich also nicht geschämt, während die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren, mit diesen Gewalttaten den Ereignissen vorzugreifen. Wir haben leider den Tod einer ganzen Anzahl unserer besten Genossen zu beklagen. So wird uns von vollkommen zuverlässiger Seite berichtet, daß Genosse Piefer, Vorstandsmitglied des Arbeiterrates und Volkskommissar, getötet früh von Soldaten auf der Straße menschlings erschossen wurde. Dieselben Soldaten, alles Mutjunge Kerle, schossen drei unserer Soldaten auf der Straße nieder. Gemeinhin wird ferner der Tod der Genossen u. Lojewsky und Millerl, die bei der Erstürmung des Rathauses durch die Regierungstruppen den Tod fanden. Die Arbeiterschaft wird den Mörder die Strafe für diese Schandtat nicht schuldig bleiben.

Der Spandauer A- und E-Rat nahm in seiner Sitzung vom 9. d. R. folgende Resolution gegen die „Spandauer Zeitung“ an: „Die heute hier tagende Vorstandssitzung des A- und E-Rates verurteilt auf das Entschiedenste die unerschämten und provokierenden Ausführungen der Ausgabe für den 9. Januar 1919 gegen den A- und E-Rat. Sie muß es geradezu als höhnvoll bezeichnen, trotz vielen dernünftigen Ratschlägen, nach wie vor in derartiger Weise mit direkt der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Behauptungen gegen die A- und E-Räte vorzugehen, ohne sich nach jeder Richtung hin zu informieren. Der Vorstand des A- und E-Rates zieht mit dieser Erklärung seine der „Spandauer Zeitung“ gegebenen Erlaubnis zurück, sich weiterhin als Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte Spandaus zu bezeichnen.“ Diese Resolution ging und heute mit den Unterschriften der Genossen Weiser und Herz u. Genosse Weiser ist inzwischen von den Kammerleuten der Reichsregierung ermordet worden.

# Der Auf nach Einigkeit.

Wir erhalten folgendes Schreiben: Da der „Vorwärts“ noch nicht erschienen ist, so bitte ich Sie als Mehrheitssozialist, mir ebenso wie Davidsohn Ihre Spalten zu öffnen. Vom ersten Tage der Revolution an habe ich die Meinung vertreten, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten und der weitere Ausbau der revolutionären Errungenschaften nur möglich sei, wenn die während des Krieges getrennten sozialistischen Parteien sich wieder vereinigen. Eine solche Einigung hätte von beiden Seiten Opfer verlangt, von der linken Seite ein Aufgeben des berechtigten Großes auf die Mehrheitssozialisten, von der rechten Seite ein Klären und ungewisses Einverständnis der vertriehenen Politik während des Krieges. Leider ist auf keiner Seite das Maß von Einsicht und Verständlichkeit vorhanden gewesen, das nötig war, um die Einheitsfront des Proletariats gegenüber dem reaktionären Bürgertum herzustellen. Doch liegt selbstverständlich die größte Schuld auf Seiten der Mehrheitssozialisten.

Dazu kam eine wilde Agitation von den Spartakusleuten. Ich persönlich achte Liebknecht, Rosa Luxemburg nur ihrer Lieberzeugungstreue wegen hoch, ich muß aber mit aller Deutlichkeit erklären, daß einige Jahre Zuchthaus oder Gefängnis noch nicht ein Beweis für die Richtigkeit einer Ansicht sind. Die unsonnigen Reden und das Geschreie der „Roten Fahne“ hat die Verwirrung bei einem Teil des Proletariats ins ungemessene gesteigert; aber ist es offenes Geheimnis, daß die sozialistische Aufklärung während des Friedens schon eine besonders tiefgehende war. Die Spartakuspolitik hat meiner Meinung nach die Führung der Mehrheitssozialisten noch mehr nach rechts gedrückt; und die Klust im Proletariat bewußt verbreitert. Die falsche Politik des Spartakusbundes ist ja nun gerade in der „Freiheit“ von berufener Feder oft genug widerlegt worden, so daß ich mir ein weiteres Eingehen darauf ersparen kann.

Ich will nur noch bemerken, daß sich auch eine Regierung Eichhorn-Liebknecht-Ledebour usw. (abgesehen von ihrer zu schmalen Basis) nicht lange würde halten können, da sie bei einem größeren Einblick in die schwierigen gegenwärtigen Verhältnisse auch bald zu Maßregeln greifen müßte, die auch ihre Anhänger verstimmen würde. Wenn ich so mit aller Schärfe meine sachliche Gegnerlichkeit zum Spartakusbund betont habe, so muß ich als Mehrheitssozialist mit der gleichen Schärfe auch die Politik der Mehrheitssozialisten verurteilen. Der „Vorwärts“ hatte während des Krieges (nach 1916) oft eine Schreibweise, die einem erheblichen Sozialisten die Schamrote darüber aufleuchten mußte. Leider ist auch nach der Revolution die Schreibweise des „Vorwärts“ und die Politik der Parteileitung die alte geblieben: verächnelnde Grenze gegen rechts, scharfe Grenze gegen links; arme Rücksichtnahme auf die Empfindungen des Bürgertums, wenig Rücksichtnahme auf die sofort erfüllbaren Forderungen der Arbeiter und Soldaten. Daher muß ich hier mit aller Offenheit erklären: Wenn ich auch die gewaltsame Besetzung des „Vorwärts“-Gebäudes nicht billige, so habe ich doch volles Verständnis für das Vorgehen der revolutionären Elemente; die Schreibweise des „Vorwärts“ hat die Besetzung geradezu provoziert. Von „Pressfreiheit“ sollte gerade die Redaktion des „Vorwärts“ nicht den Mund zu voll nehmen, wenn sie bedenkt, unter welchen Umständen sie in die Redaktion gelangt ist.

Wie auch nun der gegenwärtige Streit ausfallen mag, auf jeden Fall fordere ich ein: neu Zusammenfassung der „Vorwärts“-Redaktion unter Ausschluß von Stamplatz. Ebenso unterschreibe ich für meine Person die Rundgebung der Funktionäre der Flugzeugmeisterei Adlerhof. Deshalb noch einmal der Wunsch an die Vollbeauftragten: Treue zu sich, erinnert euch daran, daß ihr Arbeiter seid. Was ich tun kann, soll geschehen, um die Opposition innerhalb der Mehrheitssozialisten, die beäunlich schon während des Krieges wuchs, anzuspornen, sich ihrer Pflicht bewußt zu werden; ich werde mit die Politik der Mehrheitspartei nach links treiben, damit das heiße Schweißen des Proletariats erfüllt wird: Einigung aller Arbeiter auf dem Boden des Erfurter Programms zum Ausbau der sozialistischen Revolution! Erich Pagel.

# Groß-Berlin.

## Gegen bürgerliche Verleumdungen.

Wie uns von zuverlässiger Seite aus dem Polizeipräsidium berichtet wird, ist die Behauptung der bürgerlichen Presse, daß gestern Aktenscheide im Polizeipräsidium vernichtet worden seien, von Anfang bis zu Ende erlogen. Die Behauptung des Polizeipräsidiums sagt vielmehr dafür, daß die Ordnung auch innerhalb des Polizeipräsidiums vollkommen aufrechterhalten wird. Auch außerhalb des Polizeipräsidiums sorgt die Abteilung der Sicherheitsmannschaften dafür, daß Versuchen unläuterer Elemente, sich bei den jetzigen Unruhen zu bereichern, in strengster Weise Einhalt geboten wird. So wurde auch gestern noch in der bevorstehenden Nacht von Sicherheitsleuten des Polizeipräsidiums 25 Personen gefaßt, die in der Nähe des Schiefischen Bahnhofs Knudzüge auf Klausuren unternommen hatten. Der Raub wurde ihnen abgenommen und sie selbst unter harter Bedingung nach dem Polizeipräsidium geschafft, wo sie festgehalten worden sind. Die Sicherheitsmannschaften werden auch weiter hin dafür sorgen, daß dergleichen dunklen Elementen des Handwerks gelegt wird.

## Arbeiter, Arbeiterinnen aller sozialistischen Parteien.

Erscheint alle! Keiner fehle am Sonntag mittag in den Versammlungen im Freien!

Erhebt Protest gegen den Brudermord!

Befreit die Führer, die sich einer Vereinigung der gesamten sozialistischen Proletariats entgegenstellen!

Galtet fest an den Errungenschaften der Revolution!

Handlungsgeschlossen selberlei Geschlechts, Techniker, Privatangehörige! Erscheint Sonntag, den 12. Januar, 1 Uhr mittags, zur Demonstration am Lustgarten. Die Waffen nicht im Bruderkampf. Euer gemeinsamer Gegner ist der Kapitalismus. R. Köhler, Karl Publig, Fritz Schmidt, Dr. Stirmann.

Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr, öffentliche Frauenversammlung in der Hindenburg-Realschule, Querstraße 82. Referent:in Frau Dr. Weilscheld.

Achtung! Steglitz, U. S. P. D. Sonntag, den 12. Januar 1919, vormittags 9 Uhr, Flugblattverbreitung vom Lokal Deutsche, Heerstraße 1, aus. Vollständiges Erscheinen aller Genossen und Genossinnen dringend notwendig. Der Vorstand.

Treptow-Baumgartenweg. Sonntag früh 8 1/2 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, treffen sich die Genossen zur Landagitation Treptow bei Scholz, in Baumgartenweg bei Krause.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielepp, Reußsches, Druck der Lindenbühnen- und Verlagsgesellschaft m. B. Schiffbauerdamm 12.